

Hinweise auf Zeitschriften

Autor(en): **Stössinger, Felix / A.E.**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **29 (1950)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Hinweise auf Zeitschriften

Gildensozialismus

Den Glauben, Verstaatlichung sei Sozialismus, hat schon *Friedrich Engels* mit Hohn übergossen. Er sah im Anti-Dühring voraus: «Je mehr Produktionskräfte er (der Staat) in sein Eigentum übernimmt, desto mehr Staatsbürger beutet er aus.» Das Problem der Sozialisierung ohne Verstaatlichung hat seit Beginn des Jahrhunderts vor allem den englischen Sozialismus beschäftigt, und vieles, was er damals vorschlug, ist lebendiger Gedanke geblieben, auch wenn er noch nicht zur Tat wurde. Es ist daher gut, daß in der «*Freien Gesellschaft*» (10), der regen Darmstädter Zeitschrift für freiheitlichen Sozialismus, *Helmut Rüdiger* einen historischen Abriß jener Bewegung unter dem Titel «*Vom Gildensozialismus zur Kohlensozialisierung*» gibt. Sicher wird es Leser der neuen Generation überraschen, daß es schon zwischen 1906 und 1913 eine Zeitschrift «*New Age*» und eine Gruppe von Sozialisten gab, die sich ganz auf dieses Problem konzentrierten. Am bedeutsamsten sind *S. G. Hobson* und der allgemein bekannte sozialistische Theoretiker *G. D. H. Cole* hervorgetreten. Hobson wurde durch sein Buch «*National Guilds*» (Landesgilden), das 1914 erschienen ist, der Träger dieses Begriffs.

Gemeinsam ist dieser Richtung die Überwindung der Klassegegensätze durch Überführung der Wirtschaft in Selbstverwaltungskörper. Daß hier französische und englische syndikalistische Traditionen mitwirkten, ist offenbar. Auch *Tom Mann* propagierte die industrielle Kontrolle durch die Arbeiter; wie sie mit der Unabhängigkeit der Initiative, die man ja erhalten wollte, zu vereinigen ist, erfahren wir nicht. Eine sozialphilosophische Grundlage erhielt der Gildensozialismus nach dem vorigen Krieg durch die Theorie des *Pluralismus*, die den Staat als einziges Ordnungsprinzip verwirft. Der staatliche Souveränitätsbegriff, der von Rousseau, Hegel, Stahl zu Marx führte und schließlich im Bolschewismus ein Absolutum wurde, wurde von den Gildensozialisten verworfen, denen sich auch *Laski* angeschlossen hatte. Cole, das Ehepaar *Webb* und ein Kreis gleichgesinnter Sozialisten verlangten, daß die bürgerliche Freiheit durch die Bildung *funktionaler Wirtschaftsgemeinschaften* gewahrt bleibe. Die Webbs verlangten ein funktionelles Vertretungssystem der arbeitenden Kräfte, doch scheint Helmut Rüdiger nicht zu wissen, daß gerade diese Idee vor den Publikationen der Webbs in dem System der *Kammer der Arbeit* vom revisionistischen Sozialismus in Deutschland ausgearbeitet wurde und es den *Sozialistischen Monatsheften* sogar gelang, dieses Prinzip in der deutschen Verfassung festzulegen, wo es freilich liegen blieb, da es den Gewerkschaften zu wenig bot und den Industrieherrn zu gefährlich schien.

In dankenswerter Form hebt der Artikel die Verdienste von *Cole* um die Entwicklung des Gildensozialismus hervor. Durch die Gilden wollte er die industrielle Demokratie in die heutige Wirtschaftsform hineinragen. Doch geht auch aus diesen Ausführungen hervor, daß die Trennung der Gilden vom staatlichen Leben ihrer Entwicklung im Wege stand.

Das Ehepaar *Cole* hat im Auftrag der *Fabian Society* die Verhältnisse in der verstaatlichten Kohlenindustrie untersucht, und bei voller Bejahung des Prinzips, die kranke Kohlenindustrie in die Hand der Allgemeinheit zu bringen, üben beide Autoren in ihren Berichten «*National Coals Board*» und «*Miners and the Board*» Kritik an der Ausschaltung der Arbeiterschaft von der Verwaltung. Die allgemeine Ansicht wäre, daß die Arbeiter von einer Mitwirkung noch weiter als früher entfernt sind. Beide Autoren anerkennen, daß eine andere Lösung unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich war, daß man sich aber nicht mit dem Erreichten begnügen darf. Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung bleibt das Programm des Gildensozialismus.

Wahlrechtsprobleme

Daß der Parlamentarismus durch Addition von Wählerstimmen keine echte Wiedergabe aller Kräfte bietet, aus denen sich staatliches und gesellschaftliches Leben zusammensetzt, kann kaum mehr bestritten werden. Eine Abstraktdemokratie stimmt nicht einmal mit der Abstraktion der konstituierenden Elemente überein. Das alte Dilemma, ein Parlament zu schaffen, das so getreu als möglich den Volkswillen wiedergibt und doch arbeitsfähig ist, liegt heute den Wahlrechtsdiskussionen in England zugrunde. Mit der leider nur in England üblichen Liberalität sprechen sich, gleichsam um einen Tisch herum-sitzend (round table), Anhänger und Gegner in einer Zeitschrift gemeinsam aus. Ein solches Wahlrechtssymposium veranstaltete «*The National and English Review* (811) zwischen einem Liberalen, einem Konservativen und einem Sozialisten, so daß der Leser in der Lage ist, die drei Parteimeinungen nebeneinander in authentischen Äußerungen zu prüfen. Die Anregung dazu ging von liberaler Seite aus. *Lady Violet Bonham Carter*, Vizepräsidentin der liberalen Parteiorganisation, konnte darauf hinweisen, daß das gegenwärtige Wahlrecht, mit seinen für kontinentale Logik unfaßbaren Tücken, von einem liberalen Parlamentsmitglied 291 000 Stimmen verlangt, von einem Sozialisten oder Konservativen nur 42 000. Je nach den Umständen wird jede Partei benachteiligt. So erhielt Labour 1929 für 8,4 Millionen Wahlstimmen 288 Sitze, aber 1935 für 8,3 Millionen Wahlstimmen um 134 Sitze weniger. Das Pluralwahlrecht ist zwar abgeschafft, aber wenn eine kleinere Wählerzahl höher vertreten ist als eine weit größere, ist das Pluralwahlrecht de facto wieder zurückgekehrt. Es gibt Wahlkreise, in denen eine Partei nicht durch die Zahl der Stimmen, sondern durch die Umstände der Zählung eine traditionelle Herrschaft ausübt, so daß die Wahlen eigentlich überflüssig sind, denn – mehr oder weniger Stimmen: sie bleibt an der Herrschaft. Das britische Wahlsystem ist auf zwei Parteien zugeschnitten, und das Auftreten jeder weiteren Partei hat nur das Ergebnis, daß in einer wachsenden Zahl von Wahlkreisen die Majorität der Wähler im Parlament keine Vertretung erlangt. Die Übertragung dieses Wahlsystems auf Südafrika hatte zur Folge, daß die Mehrheit der Stimmen Smuts wählte und das Land doch vom Minderheitskabinett Malan regiert wird. Lady Carter verlangt eine Proportionalvertretung durch Vergrößerung der Wahlkreise, lehnt aber das kontinentale Listensystem ab, das sie für die Entwertung des Parlamentarismus verantwortlich macht. Immerhin verkennt sie, daß, meines Wissens, das *schwedische Listensystem* (vom schweizerischen abgesehen) umfassende Möglichkeiten zur Wahl von Einzelpersonen und zur Zensurierung der Parteilisten durch die Wähler bietet.

Der sozialistische Beitrag von *Roy Jenkins* verweilt bei den Umständen, die die Liberalen infolge ihrer gegenwärtigen benachteiligten Situation zu Anhängern einer Wahlreform machen. Die Frage ist aber doch wohl die, ob die Demokratie gewinnt, wenn Wahlrecht zu Wahlunrecht wird. Jenkins hebt die Bedeutung einer arbeitsfähigen Regierung hervor und zeigt an einigen Beispielen, daß das Einzelwahlrecht auch im Fall einer Verbesserung der Methoden Unrecht in den Resultaten nur auf Kosten der Regierungsfähigkeit beseitigen kann; denn niemand in England wünscht das Listensystem. Aber auch dieses hat in Frankreich nicht verhindern können, daß Regierungen, die nur 20 Prozent der Wähler hinter sich haben, die Macht ausüben. Gerade hier erweist sich die bloße Zählung ohne Wägung der Kräfte als unreal. Die Besorgnisse vor dem Entstehen neuer Parteien teilt Jenkins mit seinen Gegnern. Dem englischen Gedanken entspricht mehr eine Koalitionsregierung von Parteien, die zusammen gefochten haben, als die bei korrekter Repräsentation der Wahlstimmen notwendigen Koalitionen post festum, mit denen der Kuhhandel und damit die Ausschaltung des Wählerwillens beginnt. Charakteristisch für das englische Parteileben ist es auch, daß der konservative Votant *Reginald Maudling* mit dem sozialistischen übereinstimmte, ohne sich vor irgendwelchen Konsequenzen seiner Haltung zu fürchten. Aber die ganze Debatte hat die Frage nicht gelöst, ob ein aus arithmetischen Prinzipien hervorgegangenes Parlament überhaupt als Ausdruck der schaffenden Kräfte einer Nation angesehen werden kann.

Arbeiterlektüre

Die Frage, was die Arbeiter lesen, hat schon viele Enqueten beschäftigt. Neue Analysen wurden in den großen Werkbibliotheken einer Autofabrik und eines chemischen

Unternehmens im Rhein-Main-Gebiet gemacht, die 25 000 Arbeitnehmer beschäftigen. Erstaunlich ist zunächst einmal, nach dem Bericht des katholischen «Hochland» (6), wie groß die Zahl der Arbeiterleser ist. Sie kontrastiert erheblich mit der Schrumpfung der Umsätze im deutschen Buchhandel, zeigt also, daß materielle Verhältnisse den Bücherkauf drosseln. In einem Unternehmen bezieht ein Drittel der Belegschaft, in einem andern Unternehmen die Hälfte, regelmäßig Bücher aus der Werkbibliothek. Zum Leserkreis gehören auch Frauen und Kinder und frühere Angehörige des Werks, die inzwischen Rentner geworden sind. In einer Bibliothek mit 10 000 Bänden erfolgten 1949 fast 44 000 Ausleihen, es wurden also sämtliche Bücher durchschnittlich mehr als viermal verliehen. Das Interesse konzentriert sich zu 65 Prozent auf Romane und Erzählungen; aber auch die Ausleihen anderer Buchgruppen sind bemerkenswert, so für Naturkunde (949), Biographien (908), Technik (499), Kunstgeschichte (149). Die statistische Angabe über Technik ist unvollständig, weil beide Werke über mehrere technische Bibliotheken verfügen. Der Lesestoff setzt sich allerdings nach wie vor aus Autoren des 19. Jahrhunderts zusammen, wenn auch einige, wie Ganghofer und Zahn, später lebten. Aber diese Beobachtung macht man heute in ganz Deutschland, wo die Bestseller von 1900 das große Geschäft von 1950 sind. Die Namen wurden ein Begriff, und die Flucht vor der Gegenwart wendet sich den «herrlichen Zeiten» zu, von denen man zum Teil nur noch aus mündlicher Überlieferung etwas weiß. Dennoch ist im Geschmack ein Fortschritt zu bemerken. *Gotthelf* und *Stifter* werden mehr gelesen als früher, auch «Nachsommer» und «Witiko», die beide, bis um 1920, nur ganz kleinen Kreisen bekannt waren. Aber auch Hesse (Glasperlenspiel), Werfel, Le Fort, Stefan Zweig werden viel verlangt. Charakteristisch ist, daß die Leser soziale Angriffsromane weniger lesen als Schilderungen bürgerlichen Behagens; man liest Galsworthy, Mitchell, Deeping, dagegen weniger Steinbeck, Wolfe, Hemingway. Im Zwölfjährigen Reich wurde in diesen beiden Werkbibliotheken von zahlreichen Exemplaren von «Mein Kampf» kein einziges ausgeliehen. (Für Millionen von Deutschen war die Anschaffung von «Mein Kampf» unter dem Hitler-Regime obligatorisch. – V. G.)

Jakob Laubach ergänzt seinen Bericht durch Angaben von Stichproben aus Volksbibliotheken. Sie sollen mit dem Werkergebnis übereinstimmen. Die Arbeiterschaft bevorzugt die erfolgreichen Bücher der vorigen Generation. Sie entleiht mehr Bücher als die Angestellten – die zum Teil freilich Käufer sind – und sucht in der Lektüre nicht das eigene Leben wieder, sondern eine ganz andere Atmosphäre.

Soziale Baukunst

Die moderne Kunst, hauptsächlich Malerei und Plastik, ist von drei politischen Mächten angegriffen worden. Vom Nazismus als entartet und rassendegeneriert, vom Bolschewismus als formal, bürgerlich-dekadent, und nun auch in Amerika als – ja, was denn sonst? – als «unamerican activity». Überall, wo der Spießler die Macht hat, empört er sich gegen das Neue. Wenn wir aber nun die Malerei der umstrittensten Richtungen nicht danach beurteilen, wie sie auf unsere, von neuen Formen verwirrten Augen wirkt, sondern auf ihre innerste Tendenz hin, so läßt sich sehr schnell beweisen, daß sie von neuen Menschen mit großem Spürsinn stammt, die selbst an der Entstehung eines neuen Menschentums, einer neuen Welterfahrung Anteil haben. Daß diese Kunst antibürgerlich ist, beweist ja am besten der den Künstlern oft gemachte Vorwurf, sie wollten nur den Bürger reizen: *épater le bourgeois*. Und das gelingt ihnen ja auch, von Rosenberg über Schdanow zu McCarthy. Gleichzeitig werden aber die *Prinzipien* dieser Kunst ins allgemeine Leben übergeführt; Häuser, Wohn- und Industrieräume, Erholungsstätten, Filmtheater, Freibäder, Messestände, Reklamefenster, Werkstätten, Sitzmöbel werden allmählich auf der ganzen Welt aus dem Stilgefühl dieser neuen Bildnergeneration entwickelt und erwerben sich eine Beziehung zu uns. Es ist ja gewiß auch kein Zufall, daß keine einzige Gruppe geistig schaffender Menschen sich so vollständig immun dem Nazismus gegenüber bewies, wie die abstrakten Künstler.

Bei der Durchsicht der letzten Hefte von «*Werk*» (2 bis 9) können wir die verschiedensten Anwendungen heutiger Formprinzipien und tektonischer Konstruktionen auch auf sozialem Gebiet beobachten. Die Schweiz bleibt da allerdings *Finnland*, *Schweden*, ja sogar *Südamerika* gegenüber noch beträchtlich zurück. In genossenschaftlichen Wohnbauten begegnet man noch einem kleinstädtisch gemäßigten Modernismus. Aber die Ab-

bildungen aus der *Werkbundaussstellung* in Zürich, die man an Hand der wie immer sehr wirksamen *Wegleitungen des Kunstgewerbemuseums* studieren sollte, zeigen die revolutionäre Umwälzung unseres ganzen Formenlebens im Haus, auf der Straße, in der Industrie an. Man vergleiche nur einmal Küchen von 1894, 1918, 1949. Auch die Entwicklung von Bauten, die direkt für die *Arbeiterschaft* berechnet sind, das Wohlfahrtshaus der Escher-Wyß-Maschinenfabriken, die Anlagen der Schuhfabrik Bat'a in Möhlin mit Wohnkolonie, Schwimmbad und Klubhaus, sind von der tektonischen Entwicklungstendenz geprägt, die auch die Formen, Linien, Vereinfachungen vieler Industrie- und Gebrauchsartikel bestimmt. Für all das finden sich überzeugende Beispiele im «*Werk*», das gleichmäßig Architektur, Malerei, Plastik und Gewerbe pflegt und den Leser an die *Einheit* einer *zeitgenössischen Formsprache* gewöhnt hat.

Kurze Chronik

Informationsmittel über die deutsche Buchproduktion und literarischer Forschung haben uns seit Jahren gefehlt. Es ist ein Fortschritt, daß die Buchhändlervereinigung Frankfurt am Main die Herausgabe von *Titeldrucken* veranlaßt hat. Unter dem Namen «*Das deutsche Buch*» gibt der Direktor der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main, *Hanns W. Eppelsheimer*, Hefte von 70 bis 100 Seiten heraus, die die Neuerscheinungen der deutschen Verlagshäuser, soweit sie auf ein Interesse im Ausland rechnen können, nach Sachgruppen wiedergeben. – Auch die literarische Forschung hat im «*Euphorion*» die Zeitschrift wieder erhalten, die von 1894 bis zur Gleichschaltung 1934 für alle Freunde deutscher Literaturgeschichte unentbehrlich war. Die Herausgeber *Hans Neumann* und *Hans Pyritz* wollen, an die guten Traditionen anknüpfend, die innere Einheit der deutschen Dichtung stärker als bisher im Strukturzusammenhang der europäischen Entwicklung behandeln. – Im gleichen Verlag (*Simons, Marburg*) erscheint auch wieder das von Georg Steinhausen begründete «*Archiv für Kulturgeschichte*», das jetzt außer von dem früheren Herausgeber *Walter Goetz*, von zwei jüngeren Historikern, *Herbert Grundmann* und *Fritz Wagner*, herausgegeben wird. Das Vorwort informiert über die Krise des Begriffs «*Kulturgeschichte*» und strebt eine umfassendere, auch die *Soziologie* berücksichtigende Gesamtbetrachtung an, in der die *europäisch-abendländische Kultur* dominieren wird.

F. Stgr.

Planwirtschaft

Im August-Heft der «*Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*» behandelt Dr. Josef Rosen (Basel) die «*Wirtschaftspläne im Osten und Südosten Europas*». Der Aufsatz, sehr sachlich gehalten, beschränkt sich fast durchweg auf eine zusammenfassende Reproduktion statistischer Daten und läßt sich nur selten auf analytische oder wertende Betrachtungen ein.

A. E.

Volkszählung in den USA

Seit 1790 fanden in den USA alle zehn Jahre Volkszählungen statt. Die Methoden waren anfänglich sehr primitiv, sind aber im Laufe der Zeit beträchtlich vervollkommen worden. Über einen Teil der Fragen werden nur Stichprobenerhebungen durchgeführt. So hatte zum Beispiel nur jeder fünfte Einwohner der USA über Bildungsgrad, Einkommen und Militärdienstleistung Auskunft zu geben, über Scheidung und Wiederverheiratung sogar nur jeder dreißigste Einwohner. Vergleiche den Aufsatz von Ernst P. Billeter in der «*Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*» (August 1950).

A. E.